

Neues Blatt

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag und enthält, der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,40 Reichsmark, durch Buchhandlungen eine Belegnummer 1,40 Reichsmark, durch die Post 2,10 Reichsmark a. 40 Pfennige Zuluftgebühr. 4. Jahrgang der Halle-Zeitung: Jahrgang 1925. Halle, den 23. Juli 1925.

Der Wortlaut der Deutschen Antwort-Note an Frankreich.

Neues in Kürze.

Drachmehaltungen und Radiotelegramme.
Die Eisenbahnergewerkschaften beschließen, den mit der Sanierungskammer der Reichsbahn geschlossenen Vorkontrakt zum 31. August zu kündigen. Die Forderungen gehen im wesentlichen auf eine Verringerung der Lohngruppen, auf Einführung einer Dienstleistungsbezüge sowie Gewährung durchgehender Löhne für Schichtarbeiter.

In Hernie kam es am Abend des Räumungstages zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der Antisemitischen und Antisemitischen nationaler Verbände. Die Veranstaltung bildete eine schmerzliche Szene, deren Verhältnisse bekannt wurden. Es kam zu einem Handgemachten, in dessen Verlauf die Fahne zerissen wurde. — In allen Städten des erlösten Gebiets wurden erhebende nationale Kundgebungen veranstaltet.

Der Deutsche Verband veranlaßt im Jahre 1926 in Stuttgart eine Ausstellung „Neuzeitliches Wohnen“. Im Jahre 1927 soll in Berlin eine große Ausstellung stattfinden, in der dem deutschen Kunstgewerbe und der deutschen Technik Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Leistungen zu zeigen.

Das Abänderungsgezet zum preussischen Grundvermögenssteuergesetz vom 28. Juni 1925 sieht eine Änderung der Zahlungsstimmungen vor. Während bisher für alle Grundstücke die monatliche Zahlung der Steuer festgesetzt war, ist mit Wirkung vom 1. Juli 1925 für diejenigen Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlich oder gewerkschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, eine Änderung dahin getroffen, daß die Steuer in vierteljährlichen Teilbeträgen am 15. des zweiten Monats in jedem Vierteljahre zu entrichten ist. Für die Grundstücke, die anderen als den erwähnten Zwecken dienen, ist die Steuer nach wie vor in monatlichen Raten am 15. eines jeden Monats zu entrichten.

Der Reichswirtschaftsminister Reubens hat anlässlich der Volks-, Betriebs- und Verfassungsausstellung in sämtlichen Landesverwaltungen ein Dankschreiben geschrieben, in dem er seiner Genugtuung darüber Ausdruck gibt, daß es durch die reiche Arbeit der staatlichen Landeszentralstellen dem Statistischen Reichsanwalt ermöglicht worden ist, das vorläufige Zwischenergebnis der Volkszählung bereits 2½ Wochen nach Erhebung, früher als sonst bei einer Zählung, der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Die Konferenz der englischen Transportarbeiter hat eine Entschloßung angenommen, durch die der Gewerkschaftsverband ermächtigt wird, mit dem Gewerkschaftsverband vereinigt die Bestreute zu unterstützen und zu unterstützen, die ihnen auferlegten Beschränkungen Widerstand zu leisten. Der Beschlus verlangt auch die bedingungslose Wiedereröffnung der Verhandlungen.

Caillaux, Briand und die Sachverständigen des französischen Kabinetts sind im Hinblick auf die auswärtsigen Ansehensarbeiten in Anordnung, die nach Pariser Meldungen treffen erscheinen, eine untergeordnete Regelung der internationalen Schulden durchzuführen.

Ein englisches Blatt meldet, daß dem deutschen Botschafter in London bei der Übergabe der Abschrift der deutschen Note über den Sicherheitspakt gewisse Zusicherungen in Bezug auf die Abklärung gemacht worden seien. Wie wir nach Erkundigung an unterrichteter Stelle erfahren, ist diese Meldung nicht richtig.

Vom 15. bis 25. August wird die Internationale Studentenvereinigungen in Kopenhagen ihre 7. Jahresversammlung abhalten. Es sind 30 verschiedene Nationen, darunter auch die Vertreter der deutschen Studentenvereine, die seit einigen Jahren der Vereinigung angehört, angemeldet.

Wie „Hannoversche Posten“ berichtet, hat gestern der Reichspräsident die Beschlüsse der Reichspräsidenten die Demission zu unterbreiten. Der Reichspräsident erklärte, daß der Reichspräsident der Republik, da er die Auflösung des gegenwärtigen Parlaments nicht habe anordnen wollen, die Einreichung der Demission veranlaßt habe.

Der „Herald“ meldet aus New York: Das Präsidium des amerikanischen Kohlenarbeiterverbandes hat den Beginn eines allgemeinen Kohlenarbeiterstreiks in Amerika auf den 1. September festgesetzt.

Vas Kanton wird gemeldet, daß der britische Konsul alle britischen Staatsangehörigen anzuweisen hat, in Folge des starken Boykotts gegen die Briten die Stadt Whampoa zu verlassen. Die Erklärung besagt, daß sowohl das amerikanische Handelsboot, das in Whampoa stationiert ist, als auch die dort wohnenden Briten, nach aller Vermittlung abgehenden sind.

Verhandlungsbereitschaft und Vorbehalte.

Die Antwortnote, die die deutsche Regierung am 20. Juli der französischen Regierung auf deren Note vom 16. Juni überreicht hat, hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Regierung will in dem gleichen Geiste des Entgegenkommens und der friedlichen Verständigung, aus dem ihre eigenen Vorschläge hervorgegangen sind, nachsichend ihre Ansicht über die alliierten Vorschläge darlegen. Sie glaubt sich dabei jedoch auf eine allgemeine Weisung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken und ihre Stellungnahme zu Einzelpunkten bis zu den endgültigen Verhandlungen vorbehalten zu wollen.“

I.
Die alliierten Regierungen betonen in ihrer Note vom 16. Juni, daß die

Regelung der Sicherheitsfrage

keine Anerkennung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Vorschlägen festgelegt wird, bedeutet keine Wiederrück der bestehenden Verträge. Es dürfte deshalb in dieser Hinsicht kein Anlaß zu besonderen Feststellungen vorliegen. Die deutsche Regierung betrachtet es hierbei als selbstverständlich,

daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen wird, bestehende Verträge auf dem Wege friedlicher Uebereinkommens zu gegebener Zeit verändern oder beseitigen anzuweisen.

Sie darf darauf hinweisen, daß auch die Zahlung des Wälterbundes derzeitigen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Wenn die alliierten Regierungen a. B. hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden vertraglichen Bestimmungen über die militärische Befehlsbefugnis deutscher Gebiete nicht berühren dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Paktes nicht von einer Wiederrück dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die alliierten Regierungen jedoch beschließen, jene Bestimmungen als für die Zukunft schädlich machend hinzusetzen, so möchte die deutsche Regierung demgegenüber darauf hinweisen, daß das Zustandekommen des Sicherheitspaktes eine so bedeutungsvolle Anerkennung darstellen würde, daß sie nicht ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Belegung bleiben dürfte.

II.
In dem System, das die alliierten Regierungen in der Note vom 16. Juni für den Sicherheitspakt entwerfen, wird eine hervorragende Rolle bei

Schiedsverträge

zusammenfallen die Deutschland und die mit ihm benachbarten Signatarstaaten des Versailles Vertrags abzuschließen hätten. Die Gestaltung der Schiedsverträge in diesem System ist jedoch zu erheblichen Zweifeln Anlaß, die nach der Ausführung bedürfen. Die deutsche Regierung hat Schiedsverträge bedingungslos, wie sie in den letzten Jahren sowohl von Deutschland als auch von einer Reihe anderer Mächte abgeschlossen worden sind. Bei den alliierten Vorschlägen scheint es um ein anderes System gehandelt zu sein. Was dabei vor allem in die Augen fällt, sind die von den alliierten Regierungen vorgesehenen Ausnahmefälle, in denen ein gewisses Vorgehen der Staaten gegeneinander zulässig sein soll. Die deutsche Regierung kann in dieser Hinsicht die Ausführungen der Note vom 16. Juni wie aus dem vorerwähnten Schriftwechsel zwischen der französischen und der königlich-holländischen Regierung nur darin verstehen, daß in diesen Fällen nach der Ansicht der alliierten Regierungen ein gewisses Vorgehen ohne irgendwelche vorhergehenden objektiven Verfahren — sei es ein Schiedsverfahren oder ein anderes internationales Verfahren — erfolgen kann. Wenn das zutrifft, so würde sich daraus ergeben, daß die alliierten Regierungen zum Beispiel die Entscheidung über die Zulässigkeit von Repressalien wegen der Reparationsverpflichtungen nicht einem objektiven Verfahren unterwerfen, sondern ihrem einseitigen Ermessen vorbehalten wollen. Es würde sich ferner ergeben, daß die deutsche Regierung den alliierten Regierungen ein vertragliches Recht einräumen dürfte, ohne vorherbestimmte objektive Verfahren gegen Deutschland militärisch einzusetzen, wenn sie der Ansicht sind, daß ein deutscher Verstoß gegen die Bestimmungen über die Demilitarisierung des Rheinlandes vorliegt.

Eine Verhandlungsbasis.

Was gut ist an der Note und was sie vermischen läßt.

Man täusche sich nicht: Der guten Aufnahme, die die deutsche Note, wie bereits geteilt gemeldet, in Paris und auch in London gefunden hat, ist es noch ein weiter Weg, bis die Verhandlungsbereitschaft der deutschen und französischen Meinung überbrückt sind. Die zum Schluß der Note besonders betonte Feststellung einer bedeutamen Annäherung der beiderseitigen Ansichten dürfte auch in den Augen der deutschen Regierung nicht mehr sein, als eine gelungene Einleitung auf den zukünftigen Verhandlungsgang. Ueberhaupt will uns scheinen, als ob die ganze Note auf den Gegenentwurf nicht unflug abgestimmt ist, für den die äußere Form noch immer eine weitwichtigere Rolle spielt hat, als der Inhalt.

Garantie für die Schiedsverträge

Es liegt auf der Hand, daß das Garantiefesthalten durch beratige Konstitutionen einseitig zu ungewissen Deutschlands durchzuführen werden würde. Das Ziel einer friedlichen Verständigung, wie es von den deutschen Regierungen in Uebereinkommens mit den alliierten Regierungen angestrebt wird, wäre nicht erreicht. Die deutsche Regierung möchte sich deshalb der Zustimmung enthalten, daß ihre Vorgehensweise in diesen Punkten von den alliierten Regierungen bejaht werden könnten.

III.
Nach Auffassung der deutschen Regierung würde für die Verwirklichung der Grundgedanken des deutschen Memorandums der

Eintritt Deutschlands in den Wälterbund

keine notwendige Voraussetzung sein. Die alliierten Regierungen dagegen sind bereits übertrieben der Auffassung, daß der in dem deutschen Memorandum angeregte Sicherheitspakt nur denkbar ist, wenn Deutschland in den Wälterbund eintritt. Bei der großen Bedeutung, die die deutsche Regierung der Regelung der Sicherheitsfrage beizumessen, will sie gegen die Verbindung der beiden Probleme keinen grundsätzlichen Widerspruch erheben. Sie muß indessen darauf hinweisen, daß die Frage des deutschen Eintritts selbst noch sorgfältiger Klärung bedarf.

Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist den alliierten Regierungen bekannt. Die in der französischen Note angeführte Note des Wälterbundes vom 13. März ds. J. hat die Bedenken auf deutscher Seite nicht aufzuräumen.

Nach dem Ausfall des Wälterbundes bleibt die Gefahr bestehen, daß Deutschland als ungewisser Staat, der von fast sämtlichen Nachbarn umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet und der in der Geschichte immer wieder Schauplatz großer Kriege gewesen ist, bei dem Eintritt in den Wälterbund unbeschränkt der Verwirklichung in freierliegender Konflikt dritter Staaten ausgesetzt sein würde.

allgemeine Abrüstung

Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Wälterbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, die die Zeitnahme bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Die Lösung möchte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.

Auf diese Bemerkungen zu den Ausführungen der Note vom 16. Juni möchte sich die deutsche Regierung vorerst beschränken. Trotz der angeführten Zweifel und Bedenken glaubt sie in wesentlichen Punkten bereits eine bedeutame Annäherung der beiderseitigen Auffassungen feststellen zu können. Die beiderseitigen Regierungen sind grundsätzlich einig, in dem erwähnten System, die Sicherheitsfrage durch den Wälterbund an geeigneten Garantiefest und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu lösen. Die deutsche Regierung würde es begrüßen, wenn die Erörterungen beschleunigt werden könnten, damit dem dringenden Verlangen der Wälterbund sich festeren Basisstellen für Ruhe und friedliche Entwicklung sowie für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen bald Grund zu schaffen.

Eine Verhandlungsbasis.

Man täusche sich nicht: Der guten Aufnahme, die die deutsche Note, wie bereits geteilt gemeldet, in Paris und auch in London gefunden hat, ist es noch ein weiter Weg, bis die Verhandlungsbereitschaft der deutschen und französischen Meinung überbrückt sind. Die zum Schluß der Note besonders betonte Feststellung einer bedeutamen Annäherung der beiderseitigen Ansichten dürfte auch in den Augen der deutschen Regierung nicht mehr sein, als eine gelungene Einleitung auf den zukünftigen Verhandlungsgang. Ueberhaupt will uns scheinen, als ob die ganze Note auf den Gegenentwurf nicht unflug abgestimmt ist, für den die äußere Form noch immer eine weitwichtigere Rolle spielt hat, als der Inhalt.

Wichtigemerk: Dieser letzte Umstand kann als Vorzug verachtet werden, wenn die Wälter der Note nämlich der Ueberzeugung sind, daß im militärischen diplomatischen Bereich sich herausheben läßt, was unerlässlich für Deutschland ist: Regelung der Entwaffnungs-, Räumungs- und Luftfahrfrage in unserem Sinne. In weiten nationalen Kreisen wird es Hoffnungen erregen, daß die Note diese Fragen nur nebenher streift, weil nämlich, wie für Frankreich die Entwaffnungsfrage die Voraussetzung einer Räumung der Kölner Zone sein soll, für die der ganze Sicherheitspakt unentbehrlich vorauszusetzen ist. Die öffentliche Meinung ist allerdings in diesem Falle nicht ausschlaggebend, wohl aber die Tatsache, daß, wie wir fürchten, zukünftige Verhandlungen über den Sicherheitspakt dann bestimmt in ein äußerst kritisches Stadium geraten, wenn diese drei Fragen zur Erörterung gestellt werden.

Da wäre es schon besser gewesen, die Reichsregierung hätte sofort auf diese Vorbehalte direkt in ihre Note hingelenkt. Wie sie es gemacht hat, andere Dinge beim richtigen Namen zu nennen, z. B. die „Unantastbarkeit des Versailles Vertrags“, so konnte sie getroffen einen Schritt weiter gehen, zumal Frankreich unter dem Druck seiner Markttöppchen heute zugänglicher sein dürfte als in etwa einem halben Jahre, und zumal, wie gesagt, der Abstand zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt an sich noch außerordentlich weit ist. Hierüber läßt die Note keinen Zweifel. Sie ist nämlich in ihrer Gesamtheit ein einziger großer Vorbehalt gegen die französischen Vorschläge und die verfeinerten Verluste, Deutschland mit Hilfe des Sicherheitspaktes in neue militärische Bande zu schlagen und es, wie in früheren Jahrhunderten zum Schmauch der bewaffneten europäischen Auseinandersetzungen zu machen.

Brüssel, 22. Juli. Die belgische Regierung meldet: Die deutsche Antwortnote an die französische Regierung ist Dienstag früh auch der belgischen Regierung durch den deutschen Gesandten informativ mitgeteilt worden. Belgien hat ein unverändert großes Interesse daran, daß es zu einer Verständigung der wichtigsten Mächte über die Sicherungen zwischen Deutschland und den Westmächten kommen kann.

Nachkrieg der Ruhrindustrie.

Die Ruhrhandelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg, Wetzlar, Essen und Münster weisen die Reichsregierung, die preussische Staatsregierung und die verantwortlichen Körperschaften mit allem Nachdruck auf den unheilbaren Zustand hin, in dem die gesamte Ruhrindustrie des Ruhrgebietes gerade ist. In erster Linie, so heißt es in der Eingabe, leidet der Kohlenbergbau unter einer seit Monaten nicht wachsenden Absatzkrise in nie gekanntem Maße. Bis zum 1. Juli war bereits eine größere Zahl nicht rentabler Zechen stillgelegt worden. Es handelt sich dabei um einen

Entfall von 30 000 Bergarbeitern in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1926. Bezüglich der Stilllegungen bis zum 1. Juli in der Hauptsache die südlichen Handbecken, d. h. solche Bergwerke mit geringwertigem Kohlenorkommen, so schreibt nunmehr die große Entwidlung bis zum Herzen des Antriebsgebietes vor. Es sind bereits neue Betriebsstilllegungen mit einer Beschäftigung von einigen zehntausend Bergarbeitern gemeldet. Es handelt sich hierbei zum größten Teil um Betriebe, die nach ihrem Kohlenorkommen und ihren technischen Einrichtungen durchaus leistungsfähig sind und deren Erhaltung für die Zukunft von größter wirtschaftlicher Bedeutung ist. Bei weiterem Anhalten der Absatzkrise ist mit einem

größeren Ausmaß dieser Betriebsstilllegungen zu rechnen. Alle Versuche der Bergwerksunternehmungen, durch Wäben der Kohlenpreise, Rationalisierung und Verbilligung der Betriebe der Krise entgegenzuwirken, sind bisher gescheitert. Zu neuen erheblichen Einschränkungen steht den Bergwerksbetrieben die Krise, wenn deshalb die übrigen verantwortlichen Faktoren nicht mit eingreifen, so ist mit einer nicht mehr zu machenden weitgehenden Zersplitterung des Ruhrgebietes zu rechnen. Mit den fortschreitenden Stilllegungen werden die Gemeinden durchweg finanziell leistungsunfähig, so daß sie ihrerseits wieder ihren Verwaltungsaufgaben nach der Arbeitslosenunterstützung gerecht werden können. Alles in allem ist eine beratige

gefahrbedrohende Entwicklung zu befürchten, daß die tatkräftige Initiative aller verantwortlichen Stellen einleuchten muß, um dem weiteren Umschlag dieses Notstandes zu begegnen.

Reichstag.

Annahme der Novelle zum Reichsverfahrensge-
setz. — Nachträgliche Ordnungsurteile.
Im Reichstag wurde Dienstag in zweiter Lesung die Novelle zum Reichsverfahrensge-
setz in 2. Lesung angenommen. Die Grund-
züge der Reichsreform sind im 50. Pro-
zent, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns
wies die Kritik an der Vorlage zurück und be-
tonte, daß das verarmte Deutschland leider nicht
in der Lage sei, alle berechtigten Wünsche der
Kriegsopfer zu erfüllen. Eine Entschärfung
der Regierungspartei bedeutet, daß die
Finanzlage des Reiches die Erfüllung weiter-
gehender Wünsche zurzeit nicht erlaube und
fordert die Regierung auf, sobald die Verhält-
nisse es gestatten, weitere Verbesserungen ein-
zuführen zu lassen.

Der Reichstag trat dann abends gegen
10 Uhr in die Weiterberatung des Gelehten-
matters betreffend das Recht zum Tragen
einer Militäruniform ein. Präsident
Loeb gab zunächst eine Erklärung ab, in der
er auf die Vorgänge am Freitag abend im
Reichstage zurückkam und erzielte nachträglich

Die Schmiere.

Eine heitere Komödiantenselbstkritik
Von Ernst Hoyerfeld.

4. Fortsetzung. — Stadtsitz verlor.
Da stieg Willy Schwan wie in einen abfahrenden Zug zum Baden herein, dessen eiserne Rollen zum Zeichen des Geschicktschusses schon zur Hälfte heruntergegangen waren.
Während der Kunde zählte, legte sie sich auf den jungen die Worte zurück, mit denen sie ihrem Lehrer die Unmöglichkeit eines weiteren dramatischen Untertriebs mitteilen wollte.
August Reibter bingelte ihr während des Gedächtnisses verheißungsvoll mit den Augen.
Das hatte er noch nie getan; es mußte etwas Unverwundertes beinhalten. Sie ließ vorüber die Worte wieder in sich zurückfallen, denn sie merkte, daß sie sich nicht mehr zu keinem festen Entgegenkommen hobten.

Und wie die zwei nun allein im Baden standen, da stieg August nach ihm, sich vor Mittelstücken hinüber zu scheren, mit seiner großen Kostbarkeit heraus. In der nun die Rede war von dem, daß eine Zeit noch Ruhm und Glorie für sie angebracht sei, daß er sich ein glänzendes Engagement verschaffen werde — und daß alle bürgerliche Not und Enge hinter ihr liege. Die Wege der Zukunft seien mit dem Pfaffen der Unberührtigkeit besetzt, und des Glücks und der Freude sollte kein Ende mehr sein. Zusammen wollten sie die häßlichsten Laufbahnen antreten. — Und bald! Hebermarzen zum Guten. . .
Willy schaute vor Wohlgefallen mit den Fingern. Sie vernahm keine Rede, als ob sie oben herab käme. Ganz ästhetisch klang die Sprache in ihren Ohren. — Sie sah vor ihren Augen. Gedulden beschämen und wieder fallen. Wie von einem versteinerten — dieser her hätte sie

dem Abgeordneten Ram in (östlich) sowie dem Abgeordneten Solmann. —
In dem Reichstag wurde am Freitag abend das Zollkompromiß abge-
schlossen worden. Durch die Vereinbarung ist eine Reihe von Anträgen der Regierungs-
parteien zu den Agrarzöllen festgelegt worden. Die Mindestzölle für Getreide sollten fallen
gelassen werden, an ihre Stelle treten die auto-
nomen Zölle in der Höhe von 7 Mark bis 7,50
Mark. Für die Vieheinfuhr sollen Mindestzölle
eingeführt werden, die über den Vorkriegs-
zöllen liegen. Ein Unterschuß soll Mittwoch
nachmittag die Eingelassen regeln.

Kompromiß über die Agrarzölle.

In einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der Regierungsparteien mit dem Reichstag
ist Dienstag abend das Zollkompromiß abge-
schlossen worden. Durch die Vereinbarung ist eine Reihe von Anträgen der Regierungs-
parteien zu den Agrarzöllen festgelegt worden. Die Mindestzölle für Getreide sollten fallen
gelassen werden, an ihre Stelle treten die auto-
nomen Zölle in der Höhe von 7 Mark bis 7,50
Mark. Für die Vieheinfuhr sollen Mindestzölle
eingeführt werden, die über den Vorkriegs-
zöllen liegen. Ein Unterschuß soll Mittwoch
nachmittag die Eingelassen regeln.

Parlamentarische Kleinarbeit.

Das Amnestiegesetz wurde in der
Sitzung des Reichstages am Dienstag in erster
und zweiter Lesung mit 83 gegen 17 Stimmen
angenommen.

Dem Reichstag ist Ende vorigen Monats
der Entwurf eines Gesetzes zur Abände-
rung des Mieterkündigungsgesetzes
gegangen. Die zutreffenden Ausschüsse sind
jetzt in die Beratung des Entwurfs eingetreten.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurden
gegen den Widerspruch der Linken die Be-
schlüsse der ersten Beratung zur Einkommen-
steuer bestätigt. Der Einkommensteuertag wird demnach
um 50 Prozent erhöht.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurden
für den zweiten Lesung der Umsatzsteuer
angenommen. Danach soll vom 1. Oktober 1926
ab die allgemeine Umsatzsteuer auf 1,25 Pro-
zent, die erhöhte Umsatzsteuer auf 7,5 Prozent
herabgesetzt werden.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages
überwies das vorläufige deutsch-griechische
Handelsabkommen und das
vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutsch-
land und der belgisch-luxemburgi-
schen Wirtschaftsunion dem Handels-
politischen Ausschuß.

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reich-
stages nahm Reichslandwirtschaftsminister Graf
Rath am Dienstag Stellung zur Frage
der Agrarzölle, wie sie sich jetzt, nach
der Agrar-Enquete, darstellte. Die Reichsregie-
rung wüßte vor allem, daß vermieden werde,
daß in der deutschen Landwirtschaft der
Fremdbetrieb wieder eintritt. Grundsätzlich
sei, wie auch der Enqueteausschuß festgestellt
habe, eine Intensivwirtschaft, die durch einen
mäßigen Schutzlohn stark gefördert werde. Ab-
schließend hob der Minister hervor, daß er
nicht geglaubt habe, daß die Agrar-Enquete
zu einem so positiven Ergebnis im Sinne der
Agrarzölle kommen würde, wie es tatsächlich
der Fall sei.

ein Gegenkommen. In diesem Augenblick hätte
sie sich gewandt und verandert. Emporgelassen
und ausermittelt. Was ihrem Leben mit Bedach-
tungen und Verwirrungen war sie in des Reich
des Theaters aufgegeben. Die Schwindeln
so vollkommen Erfüllung ihrer heimlichen
Wünsche. Sie kam sich vor wie die Gänsewägen
in den Wägenbüchern, die wieder des Un-
glückens — von einer Seite zur anderen — zu
Feindsinnen werden mit Hund und Gnade. Ein
Jauberspruch hat sich vor ihr auf. August Reib-
ter, der approbierte Baber und dramatische
Lehrer, führte sie hinein. Sie hätte ihn auf der
Stelle umarmen mögen. Nur das Gefühl der Ehr-
rucht hielt den gleitenden Nianz zwischen
Schülerin und Meister aufrecht.

August hätte diese Gengen wandern werden.
Hals wüßte er sich, hätte ihn noch zurück. Er
erzählte ihr von seiner Unterredung mit dem
Agenten. Jeden Geh brachte er wirklich. Er
nahm sie als wichtig und wertvoll in alle Zeiten.
Wie eine Offenbarung. . .
Als Sitz den Namen Kaufstahl hätte, müßte
ke Joseph an Eichenlaub und Wo-her denken.
Dort würden sie zusammen spielen. Der Lehrer
freute sich auf seine Schülerin, die Schülerin auf
ihren Lehrer. Er als Ferdinand und sie als Ruth.
Das soll eine Kabele und Liebe werden: Schüler
sollte aber diese Aufführung im Digma-
us lächeln. . .

Sie verteilten unter sich jetzt schon für alle
Klaffter die Rollen. Draußert für der Theater-
jetzt. Den wollte sie denn nach Hause schicken.
In alle Verwandten — und auch die Lehrenden
im Geschäft. Die werden Augen, mal! Als
Marie Ernst will sie fotografieren lassen.
Im Hintergrund des Schloßes. Im Geschäft
den alle vor Richtung meinen. . .
Er sprach und sprach. Sie bemerkte, daß man den
letzten Traktat nicht mitaufnehmen kann.
Mit ihrem einen Namenszug will sie die Bilder

Angriffe der Rißtabylen.

London, 21. Juli. Die Lage im mittleren See-
tor der französischen Front in Marokko wird von
unabhängigen Meldungen bauernd als äußerst
ernst gefährdet. Die Angriffe Abd el Krimas
sicheln sich besonders gegen die Kolben von Al-
ger und von A. A. A. von denen dieser Jaher
berocht ist. Die Verbindung Al Atlas mit dem
65 Kilometer südwestlich gelegenen Fez wird be-
ständig unterbrochen.

Aus Paris wird über die Lage in Marokko
berichtet: Während der letzten 48 Stunden
melde der französische Flugaufklärungsdiens
im Norden eine Bewegung von regulären
Militärtruppen, die sich an den Zugangswegen der
Sichere von Fez zusammengezogen hätten. Am
westlichen Frontabschnitt wurden zahlreiche
feindliche Truppenaufmärsche in der
spanischen Zone festgestellt. Das sei die
Anzeichen für die Wiederaufnahme des
Angriffs gegen Lizaran oder für eine Offensiv-
vorbereitung gegen die spanische Zone von
Verrach.

Einberufung spanischer Kaseristen.

Paris, 22. Juli. Nach einer Madrider
Meldung hat das spanische Direktorium 161
Jugend in Kaserne, um die des Militärs
angeschrieben habe im ganzen Lande große Unzu-
friedenheit hervorgerufen.

Wirtschaftskrieg in China.

Kritische Lage der Missionen.
Wittermeldungen aus Schanghai zufolge be-
schloß die chinesische Handelskammer, britische und
japanische Waren vom 30. Juli ab zu boykottieren
und die Geschäftsbetriebe mit britischen und
japanischen Firmen zu schließen. Über diesen Be-
schluß vertritt, soll mit Gebühren bestraft
und seine Waren beschlagnahmt werden. Bei britischen
und japanischen Versicherungsgesellschaften Ver-
träge müssen ihre Kontrakte lösen und durch die
deutsche Handelskammer ihren Beitritt bei
chinesischen Gesellschaften betreiben.
Der Vertreter der Londoner „Daily Tele-
graph“ berichtet in diesem Beschluß der chinesischen
Handelskammer die Tatsache, daß die nationale
Seite nicht wurde aus das als Märchen aufgebracht,
sich in eine Aktion in Peking schreien. Von
ohne jede Nachricht.

„Gasgranaten“ der Chinesen.

Im englischen Unterhaus wurde die Regierung
gefragt, ob es richtig sei, daß die Chinesen gegen
englische Bürger auch Gasgranaten verwenden.
Mithin werden sich nicht mehr als nicht
sicherlich zu einer Aktion in Peking schreien. Von
ohne jede Nachricht.

Deutsche Konturen Infolge Versailles.

Die französische und belgische Wirtschaft haben
abnehmend keinen rechten Begriff davon, wie die
Friedensbestimmungen über unsere Sachleise-
tionen, die den auf Grund von Versailles ge-
schlichen werden sind, werden. Die beiden
Regierungen haben auch wohl kein Interesse daran,
Aufklärung darüber zu verbreiten. In den letzten

Wochen hat unsere Inhaberin wieder für 8,3 Mill.
Mark an Frankreich und Belgien geliefert, dar-
unter Werkzeugmaschinen, verschiedene Eisenbahn-
und Telegraphenartikel, eine Gasabkühlung und
Telegraphenartikel. Das sind nur die Sachleistungen im
freien Lieferungsverkehr; in der Hauptweise leisten wir
die Reparaturen in durch Zwangsleistungen in
Kohlen, Stahlfuß und Farbenfabriken.

Polnische Pleite.

Die polnische Anleihe in New York hat mit einem
Mißerfolg geendet. Mit Miße und Not sind nur
40 Prozent davon untergebracht. Das ist bei ihrer
wirtschaftlichen Krise für die Polen doppelt un-
erfreulich. Dazu kommt noch der verlustreiche Zoll-
krieg gegen Deutschland.

Auf einer dieser Tage in Warschau abge-
haltenen Pressekonferenz wurde vom polnischen
Außenminister ausgeführt, daß Polen die Zahl
der bis zum 1. Juli 1926 insgesamt auszu-
weisen deutschen Opianen aller drei Kate-
gorien auf 35 000 läßt.

Unbelehrbare Träumer.

In der in Berlin-Steglitz erscheinenden
Korrespondenz „Frankfurter“ Nr. 29 vom
16. Juli d. S. findet sich folgende Mitteilung:
„Deutsch-französischer Wanderfahrt. Der
Verkehrsminister, Leipzig-Görlitz, Alen-
straße 13, veranstaltet eine gemeinsame
Wanderfahrt von Deutschen und Franzosen
vom 17. bis 31. Juli. Zwei Gruppen wer-
den gebildet; die eine nimmt den Weg
Tübingen, Stuttgart, Heidelberg, Frankfurt,
Gießen, Marburg. Die andere Gruppe be-
reist Tübingen, Hünfeld, Göttingen, Mar-
burg, Jena, Leipzig, Göttingen, Mar-
burg. An dieser Wanderfahrt schließt sich
vom 1. bis 4. August ein Treffen von Deut-
schen und Franzosen im „Gatershof“ bei
Schladtern (Westf.) an.“

Wir zweifeln bestimmt nicht daran, daß
nach Beendigung der Fahrt und nach der
großen Verlobungsfeier die französische Regie-
rung über die Dämlichkeit und Würdelosigkeit
gewisser deutscher Kreise so gerührt ist, daß sie
die Aufhebung des Versailles-Friedens-
vertrages und Rückgabe aller geräuberten Ge-
biete an Deutschland beim Welterbund be-
tragen wird.

Der „Berat“ meldet aus Mexiko: In Tampico
und Veracruz ist es zu neuen kommunistischen Um-
stürzen gekommen. In Tampico gelang es den
Kommunisten die Betriebe stillzulegen. Die
Auslösung der Sometjetzerkategorie an der
unbekannten Truppe von Armees und Flotte zum
Präsidenten Calles. Nordamerika hat zu An-
sicht der kommunistischen Gefahr die Grenze gegen
Mexiko gelockert.

Die „Associated Press“ aus Washington mel-
det, daß die amerikanische Regierung jede be-
zügliche Verfügung, welche Deutschland für die
Zahlung aller belgischen Kriegsschulden an Amerika
verantwortlich sein löse, ziemlich kühl entgegen-
sieh. Sie könne die Einleitung einer solchen Verhandlung
nicht annehmen, und es bestche kein Grund
für sie, ihre Meinung zu ändern.

Der Mensch lebt nicht von dem,
was er ißt, sondern von dem,
was er denkt.

Darum ist
MAIZENA
so beliebt, weil selbst der schwächste Magen
es verdaut. Und jedem gelben MAIZENA-
Wäschen stehen vorzügliche Rezepte. Mehr
noch stehen in dem MAIZENA-Rezeptbuch,
das jeder umsonst erhalten kann durch die
Deutsche Maizena-Gesellschaft A.-G.
HAMBURG 13.